

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/818

Sprechzettel

von Ministerin Dr. Sütterlin-Waack

Konsequenzen Brokstedt

1. Februar 2023

Wenn Sie mich nach Ansätzen fragen, was für Konsequenzen aus meiner Sicht notwendig sind, kann ich die Frage gut verstehen. Und ich fühle mich verantwortlich, sie zu beantworten.

Es ist unser aller Wunsch, diese Art von schrecklicher Tat in Zukunft zu verhindern. Die Menschen haben verdient, dass sie sich ausreichend sicher fühlen können.

Gleichzeitig muss ich betonen, dass wir auch in Zukunft nicht jede Tat, so tragisch sie auch ist, verhindern werden können. Die Punkte, die ich vorstellen möchte, sind deshalb nicht alleine auf diesen Fall zugespielt. Es muss vielmehr darum gehen, Probleme grundsätzlich anzupacken. Mein Ziel ist, vergleichbare Angriffe so weit wie möglich zu verhindern.

Gleichwohl ist es unser aller Aufgabe, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für ein sicheres Leben in Freiheit in unserem Land zu ermöglichen. Für alle Menschen.

Dabei müssen wir dafür Sorge tragen, dass wir die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit weiter wahren. Unsere eigenen Sicherheitsvorkehrungen dürfen unser Leben nicht unverhältnismäßig beeinträchtigen oder uns gar Angst machen.

Zu allererst müssen Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit im Bahnverkehr getroffen werden.

Dazu gehört die **Videoüberwachung** in Zügen und Bahnhöfen, eine angemessene **Beleuchtung** an Bahnhöfen und an **Angsträumen**.

Zudem werden wir in Zugwaggons die Umsetzung eines Knopfes für einen **stillen Alarm prüfen**.

Dieser stille Alarm soll sicherstellen, dass Fahrgäste das Zugpersonal und im Zug anwesende Polizistinnen und Polizisten über eine Gefahrensituation informieren können, damit diese möglichst rasch zur Hilfe kommen können.

Zur Erhöhung der Sicherheit in Zügen sollten in Zukunft neben uniformierten Polizistinnen und Polizisten auch **Polizeibeamte in Zivil** mit Dienstwaffe kostenlos mit der Bahn fahren dürfen, wenn sie sich zu Beginn der Fahrt beim Zugpersonal angemeldet haben, als Polizei erkennbar sind und somit zur Unterstützung in gefährlichen Situationen bereitstehen.

Auf der anderen Seite müssen den **Austausch** zwischen verschiedenen Behörden und unterschiedlichen Bundesländern über **Erkenntnisse zu Gewalttätern** weiter verbessern.

Hierfür müssen bundesweit **einheitliche Speicherfristen** von Erkenntnissen eingeführt werden. **Erhebungs- und Übermittlungsvorschriften** müssen länder- und behördenübergreifend vereinheitlicht werden.

Dazu gehört auch, dass es bundeseinheitlicher Standards für die **Einstufung eines Täters oder Tatverdächtigen als Mehrfach- und Intensivtäter** bedarf.

Nach alledem will ich nochmal betonen, wir stehen hier nicht am Ende eines abschließenden Maßnahmenkatalogs in Reaktion auf dieses unfassbare Ereignis in der letzten Woche. Vielmehr prüfen wir all die genannten Maßnahmen, um mit Hochdruck die effektivsten Maßnahmen auf den richtigen Ebenen zu initiieren und umzusetzen.